



PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 06. Mai 2015

Mehr bezahlbarer Wohnraum für Pankow – auch auf der Elisabeth-Aue!

SPD-Fraktion Pankow zur Abstimmung in der heutigen 31. Tagung der BVV

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow hat heute mit den Stimmen von Linken, Grünen und CDU beschlossen, die von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt angestrebte gemeinsame Absichtserklärung mit dem Bezirksamt Pankow und den Wohnungsbaugesellschaften HOWOGE und GESOBAU für Bauvorhaben im Pankower Norden nicht unterschreiben zu lassen. Bereits im Vorfeld warb die SPD-Fraktion intensiv für eine Unterzeichnung und stimmte bei der namentlichen Abstimmung (28 Ja | 20 Nein | 0 Enthaltung) am heutigen Abend mit Nein. Dazu erklären Mike Szidat (stadtentwicklungspolitischer Sprecher) und Roland Schröder (verkehrspolitischer Sprecher): „Durch die heutige Entscheidung hat sich die BVV selbst jeglicher Mitsprachemöglichkeit beraubt und damit insbesondere den Interessen der Anwohner_innen im Umfeld der Elisabeth-Aue schwer geschadet. Anstatt im Dialog mit den Planungspartnern Kriterien für eine verträgliche Bebauung zu verhandeln, sind Bevölkerung und Bezirk jetzt nur noch Zaungäste. Die Senatsverwaltung hat bereits angekündigt, die bisher existierende Steuerungsrunde nicht fortzuführen und nur noch auf die Zuarbeit der bezirklichen Verwaltungsebene zurückzugreifen. Die Ablehnung der Absichtserklärung durch die BVV verhindert deshalb nicht die Bebauung der Elisabeth-Aue. Sie verhindert lediglich die Gestaltung der Bebauung im Sinne der Anwohner_innen und des Bezirks.“

Die SPD-Fraktionsvorsitzende Rona Tietje erklärt: „Die SPD-Fraktion steht klar für bezahlbaren Wohnraum in Pankow. Dazu gehört neben dem Schutz der Bestandmieter_innen auch Neubau, sowohl im Innenstadtbereich als auch am Stadtrand. Gerade Großprojekte wie auf der Elisabeth-Aue oder an der Michelangelostraße bieten die Chance, mit städtischen Partnern günstige Mieten in einem lebenswerten Umfeld mit angemessener sozialer Infrastruktur und guter ÖPNV-Anbindung zu schaffen. Das geht aber nur, wenn Anwohner_innen, Bezirk und Senat gleichermaßen gesprächsbereit sind.“

Drs.-Nr. VII-0921: Keine Unterschrift unter Absichtserklärung zur Bebauung der Elisabethaue